

5./XII. 1914.

Das sozialistische Interesse am Siege.

N. Berlin, 4. Dezbr. (Priv.-Tel., Str. Bln.) In einem Augenblick, wo das Verhalten des Abgeordneten Liebknecht im Reichstag den scharfen Widerspruch seiner eigenen Fraktion hervorgerufen hat, mag es von Wert sein, zu lesen, was der preussische sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Hänisch im „Volksblatt für Anhalt“ über das sozialistische Interesse am Siege der deutschen Waffen schreibt:

„Alle unsere großen Vorkämpfer, Lassalle ebenso wie Marx und Engels, Liebknecht nicht weniger als Weber, waren davon überzeugt, daß die nationale Unabhängigkeit eines Staates die unerläßliche Vorbedingung seiner demokratischen Entwicklung sei. Duzende von Belegen aus ihren Reden, Schriften und Briefen lassen sich dafür beibringen! Vor allem haben sie von jeher in einer Hegemonie Rußlands über Deutschland nicht nur eine, sondern schlechtmehr die Gefahr, die tödliche Gefahr für die demokratische Entwicklung unseres Landes gesehen. Wenn man also heute die (durch den Hinzutritt Englands selbstverständlich keineswegs verringerte, vielmehr erst enorm gesteigerte) russische Gefahr als mehr oder minder belanglos hinstellt, wenn man von der nationalen Unabhängigkeit als von einer wohl wertvollen Sache, aber doch als von einer Sache redet, an der das Proletariat nicht unmittelbar interessiert sei, so verleugnet man geradezu alle unsere Vorkämpfer! Wer aber die ungeheure Bedeutung dieser nationalen Unabhängigkeit für die Demokratie als Vorbedingung des proletarischen Klassenkampfes erkannt hat — nun wohl, der muß auch die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis ziehen, d. h.: er darf es nicht bei einem platonischen Bekenntnis zu der nationalen Unversehrtheit Deutschlands bewenden lassen, im übrigen aber erklären: „Der Krieg geht uns nichts an“, sondern er muß mit vollem Herzen bei der Sache Deutschlands sein. Er muß alles tun, was diese Sache fördert und muß alles unterlassen, was sie schädigen kann. Das hat in dieser Zeit der oberste Grundsatz für unsere Parlamentarier, für unsere Presse, für alle in der Sozialdemokratie Tätigen zu sein. Noch dringender womöglich als die politischen fordern die sozialen Gegenwartsinteressen des deutschen Proletariats den Sieg der deutschen Waffen. Man stelle sich nur den Ruin der hochindustriellen Provinzen des Westens auf der einen Seite und Oberschlesiens auf der anderen Seite vor, falls es unseren Brüdern im Felde nicht gelänge, von diesen Gebieten die Schrecken einer feindlichen Invasion fernzuhalten. Wollen unsere lieben Genossen „von der anderen Fakultät“ wirklich im Ernste behaupten, es sei „nicht unsere Sache“, alles daran zu setzen, solche Schrecknisse diesen Provinzen zu ersparen? Es sind in erster Linie proletarische Interessen, die da auf dem Spiele stehen! Und stellen sich unsere Freunde denn nicht vor, was es für die deutschen Arbeiter bedeuten würde, wenn im Falle eines unglücklichen Krieges große, hochindustrielle Provinzen mit unentbehrlichen Rohstoffen (Oberschlesien!) in West und Ost dem deutschen Wirtschaftsorganismus entrissen würden? Denken sie nicht daran, was es für das deutsche Proletariat bedeuten müßte, wenn auf seine Schultern zu allem andern noch viele Duzende Milliarden von Kriegsschädigung gewälzt werden würden, wenn dem Reiche ungünstige Handelsverträge aufgezwungen werden könnten, wenn Deutschlands Außenhandel und seine Schifffahrt so geschwächt werden würden, daß sie viele Jahrzehnte brauchten, um sich wieder zu erholen? Nein: So wenig wir diesen Krieg gewollt haben, so sehr sind wir im wirtschaftlichen Interesse der deutschen Arbeiterklasse daran interessiert, daß er, nachdem er einmal da ist, zu Deutschlands Gunsten entschieden wird. Die deutsche Arbeiterklasse hat schlechterdings ein Lebensinteresse daran, daß der Vernichtungskrieg, den besonders der englische Kapitalismus gegen die deutsche Industrie und den deutschen Handel führt, elend in sich zusammenbricht! In diesem Sinne müssen wir sagen: Unsere Sache ist es, um die dort am Oser-Kanal in den Schützengräben von Reims und auf Polens Schlachtfeldern gerungen wird!“

In einem Bericht der „Gleichheit“ über die Resolution des Abgeordnetenhauses heißt es: „Bei der Schlussrede des Präsidenten verließen fünf sozialdemokratische Abgeordnete — die Genossen Goser, Adolf Hoffmann, Paul Hoffmann, Liebknecht und Ströbel — den Saal, die übrigen fünf verblieben dort und erhoben sich beim Hock auf die Arme und den obersten Kriegsherrn.“ Demnach sind im Saal geblieben: Paul Hirsch (Fraktionsvorsitzender), Konrad Hänisch, Otto Düe, Otto Braun (Partei Vorstand) und Leinert. Diese fünf stehen mithin auf dem gleichen Standpunkt wie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.